

## »Skepsis gegenüber PPP hat an vielen Orten zugenommen«

Frankfurt/Main will sich wieder einmal internationalen Finanzhaien ausliefern. Breiter Widerstand. Ein Gespräch mit Werner Rügemer

Gitta Düperthal

Werner Rügemer ist Publizist und Autor des Buches »Heuschrecken im öffentlichen Raum - Public-Private-Partnership« sowie Lehrbeauftragter an der Universität Köln

*Nach einem an breitem Widerstand gescheiterten Versuch, Nutzungsrechte der U-Bahn in Frankfurt/Main im Cross-Border-Leasing-Verfahren ans Ausland zu verkaufen, plant die Stadtregierung von CDU und Grünen jetzt ein PPP-Projekt, also Public-Private-Partnership: Man will Brücken und andere Bauwerke sanieren. Bahnt sich erneut Protest an?*

Frankfurt plant nicht nur, mit 500 Millionen Euro 170 Brücken und ähnliche Bauwerke sanieren zu lassen - der Investor soll diese über 30 Jahre betreuen und instandhalten. Es geht also um ein langfristiges Projekt, das in dieser Form und Größe in Deutschland einmalig wäre. In Frankfurt gab es bereits Widerstand gegen frühere PPP-Projekte; zum Beispiel gegen das Bildungszentrum Ostend mit vier Schulen. Kritiker wurden vor allem dadurch bestätigt, daß die Leistungen keineswegs so herausragend waren, wie versprochen. Viel öffentliches Geld wurde so gebunden, das nun für andere Bildungsprojekte und Schulen fehlt. Nach dieser Erfahrung gibt es in Frankfurt eine Menge Leute, die sich mit den Schwachstellen solcher Vorhaben gut auskennen. Deshalb ist der Widerstand gegen das Brückenprojekt jetzt schon stark.

*Der Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen ist mindestens ebenso sauer über diese Privatisierungspraxis wie die Partei Die Linke und Gewerkschafter. Wie kommt es zu der ungewöhnlichen Übereinstimmung?*

Mittelständische Unternehmer protestieren schon jahrelang gegen PPP-Projekte, weil sie durch Großkonzerne wie Hochtief AG oder Bilfinger + Berger AG ausgebootet werden. Deshalb hat der Verband jetzt verstärkt in die Diskussion eingegriffen und kundgetan, man könne belegen, daß die einzelvertragliche Vergabe an kleine Betriebe viel preisgünstiger ist. Zudem sei die Stadt flexibler, wenn sie nicht einen Megaauftrag mit allen Projekten zugleich ver gebe.

*Das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC hat Ende vergangener Woche eine Kampagne mit dem Slogan »Offenlegung aller PPP-Verträge jetzt« gestartet und wendet sich so gegen deren Geheimhaltung.*

Schon vor einem Jahr hat sich die bundesweite Initiative »PPP-Irrweg« gegründet, um den bislang vorwiegend regionalen Widerstand zusammenzuführen. Die Skepsis gegenüber dieser Art von Projekten hat mittlerweile in vielen Kommunen zugenommen - selbst in etablierten Parteien. Die Geheimhaltung ist deshalb so gefährlich, weil sie die demokratische Kontrolle unmöglich macht und zugleich die Preise hochtreibt.

Die wichtigen Unterlagen sind bei allen PPP-Projekten geheim geblieben - auch in Frankfurt. So geheim, daß selbst die Stadtverordneten die rechtsgültigen Verträge mit den Investoren nie zu sehen bekamen..

*Wie kann mehr demokratische Kontrolle stattfinden, und wie sind Regierende zu mehr Transparenz zu zwingen?*

Indem wir die Öffentlichkeit darüber aufklären, daß PPP grundsätzlich mit Geheimhaltung verbunden ist. Selbst die Stadtverordneten haben sich das bisher gefallen lassen, weil sie glauben, daß in den kurzen Beschlußvorlagen alles Wichtige drin steht. Die Initiative hat bei den vorhergehenden Projekten alles, was sie in Erfahrung bringen konnte, an die Öffentlichkeit gebracht - und konnte so Ortsbeiräte in betroffenen Stadtteilen auf ihre Seite ziehen.

*Wie können sich Interessierte in die Kampagne von ATTAC einbringen?*

Man kann sich an örtlichen Aktionen beteiligen; Straßentheater, Kinoabende und Diskussionsveranstaltungen besuchen, oder sich mit einem offenen Brief an Oberbürgermeister wenden. Am 28. Juni startet dann das Volksbegehren für die Offenlegung der Geheimverträge bei den Berliner Wasserbetrieben - das läuft vier Monate bis zum 27. Oktober. Ein durch das Volksbegehren erzwungenes Offenlegen des Teilprivatisierungsvertrags der Berliner Wasserbetriebe wäre ein Präzedenzfall und somit auch ein Meilenstein im Kampf gegen PPP.

